

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
4. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 27.01.2015 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
20:03

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Harald Giebels

Stv. Gerd Holberg

Stv. Jens Lemke

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Monika Morwind

Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für Stv. Udo Greeff

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Juliane Eichler

Stv. Julia Klaus

Stv. Marion Klaus

Stv. Bernd Stracke

Vertretung für Stv. Uwe Elker

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

Stv. Peter Schniewind

Stv. Annegret Wahlers

bis TOP 4

ab TOP 5

GAL-Fraktion

Stv. Andreas Rehm

Stv. Jochen Sack

Vertretung für Stv. Petra Lerch

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

AfD-Fraktion

Stv. Ulrich Schwierzke

bis TOP 9

Schriftführer

VA Fabian Beyer

Verwaltung

Beigeordnete/r Engin Alparslan

StOVR Udo Thal

StORR Michael Rennert
StAR Sabine Abraham
StAR Gerhard Maidorn
Frau Linda Köllen
GSB Marion Plähn

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 4. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er/Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er/Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm. vom Bover bittet um eine Gedenkminute zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz.

Anschließend verweist er auf den Nachtrag unter TOP 8.1.

Stv. Drennhaus möchte wissen, warum zu TOP 11 das angekündigte Nachreichen der Vorlage noch nicht stattgefunden habe.

Bgm. vom Bover erklärt, die Verwaltung werde im nicht-öffentlichen Teil eine Erklärung hierzu abgeben.

Bzgl. des Schreibens der WLH-Fraktion, das Baugesuch auf dem Grundstück Ecke Diekerstr./Düppelstr. betreffend, sei ein TOP in der kommenden Sitzung des Rates vorgesehen.

Öffentliche Sitzung

- 1./ Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Gelände der Landesfinanzschule hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, GAL, CDU, WLH, FPD vom 19.12.2014
Vorlage: 61/042/2015**
-

Protokoll:

StOVR Thal führt aus, die Verwaltung befinde sich in fast täglichen Gesprächen mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen (BLB). Bisher lägen der Verwaltung keine schriftlichen Unterlagen seitens des BLB vor. Es bestehe aber die Hoffnung, dies zur Sitzung des Rates in der kommenden Woche vorlegen zu können. Das Gebäudemanagement habe sich aber bzgl. des Zustandes der Räumlichkeiten im Haus Westfalen gut informiert und könnte zügig mit den notwendigen Arbeitsschritten zur Ertüchtigung beginnen. Hierzu lägen Kostenschätzungen vor, die nur die zwingend notwendigen Maßnahmen zur Ertüchtigung des Hauses Westfalen beinhalten. Beim Einbezug weiterer Gebäude sei mit erheblichen Mehrkosten zu rechnen.

Stv. Lukat erbittet eine Aufstellung der zu erwartenden Fixkosten zur Sitzung des Rates in der kommenden Woche.

StOVR Thal verspricht vorzulegen, was bis dahin möglich sei. Dies hänge nicht zu-

letzt von den Aktivitäten des BLB ab.

Bgo. Alparslan fügt hinzu, die Kosten für ein angedachtes Begegnungscafé könnten nur beziffert werden, wenn eine klare Konkretisierung dieser Pläne erfolge.

Stv. Drennhaus fragt, warum nur ein Gebäude des ganzen Komplexes berechnet worden sei. Er bitte um Nennung der Mehrkosten, damit der Rat entscheiden könne, ob diese verhältnismäßig seien.

Stv. Stracke bekräftigt, dem BLB solle verdeutlicht werden, dass die Landesfinanzschule so schnell wie möglich zur Unterbringung von Flüchtlingen benötigt werde.

Stv. Ruppert schlägt die Einberufung einer Ratssondersitzung vor, wenn bis zur kommenden Woche noch nicht alle erforderlichen Unterlagen vorgelegt werden könnten.

Bgo. Alparslan legt dar, die Verwaltung könne zur Ratssitzung in der kommenden Woche zwar die Kosten für die Ertüchtigung des Hauses Westfalen, nicht aber die Kosten für die Inbetriebnahme des alten Krankenhauses vorlegen.

Stv. Rehm ergänzt, auch das Maß der baulichen Nutzung könne nicht bis zur nächsten Woche geklärt werden.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**2./ Investitionszuschuss für die Einrichtung / Herrichtung des Außenspielgeländes der neuen Kindertageseinrichtung "Maria vom Frieden" an der Hochdahler Straße - Antrag der Kath. Kirchengemeinde St. Chrysanthus und Daria vom 30.11.2014
Vorlage: 51/036/2015**

Protokoll:

Stv. Ruppert gibt zu bedenken, dass zuletzt oft von Trägern im Nachhinein Forderungen gestellt wurden und möchte von der Verwaltung wissen, ob es sich tatsächlich um unvorhersehbare Kosten handele.

Während **Stv. Lukat** darauf hinweist, dass der JHA die Kosten als verhältnismäßig angesehen habe, bittet **Stv. Sack** die Verwaltung den Zusammenhang darzulegen.

StOVR Thal erläutert, vorausgegangen seien aufwändige und intensive Verhandlungen zwischen Investor, Träger und Stadt. Die Verwaltung habe sich bei ihrer Kalkulation an die Erfahrungswerte der KiTa Hasenhaus orientiert. Schon im November aber habe der Träger einen entsprechenden Antrag an die Stadt angekündigt.

Stv. Ruppert möchte wissen, ob die angegebenen Mehrkosten einer Plausibilitätsprüfung durch die Bauverwaltung unterzogen worden seien.

StOVR Thal erklärt, es sei eine enge Abstimmung mit den Baufachleuten des Landesjugendamtes erfolgt, die eine Verhältnismäßigkeit der Kosten für gegeben sahen.

Bgm. vom Bovert regt eine Modifizierung des Beschlussvorschlages dahingehend an, dass die 189.000 € der maximale Investitionszuschuss sind.

Beschluss:

Der Kath. Kirchengemeinde St. Chrysanthus und Daria wird in 2015 für die neu zu errichtende Kindertageseinrichtung „Maria vom Frieden“ für die Ersteinrichtung und die Herrichtung des Außenspielgeländes ein Investitionszuschuss in Höhe von bis zu 50 % bis maximal 189.000 Euro gewährt.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Einplanung in Höhe von 189.000 Euro im Haushaltsplan 2015 bei Produkt 060110 (Investitionsbereich) vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung

3./ Jugendhilfeplanung - Kindertagesstättenbedarfsplanung 2015/16 **Vorlage: 51/035/2014**

Protokoll:

Angeichts der Tatsache, dass nur eine Haaner KiTa noch eine 25-Stunden-Betreuung anbiete, fürchtet **Stv. Ruppert**, es könne auf diese Weise Druck auf die Entscheidungsfreiheit der Eltern ausgeübt werden.

Stv. Sack macht deutlich, dass die AG 78 sich bereits dieses Themas angenommen habe und es kritisch weiter verfolge. Unbestritten sei aber eine geringere Nachfrage nach 25-Stunden-Betreuung.

Stv. M. Klaus wirft ein, das eigentliche Problem sei die immer noch nicht ausreichenden 45-Stunden-Plätze in Haan.

Stv. Ruppert fragt, ob diese Finanzplanung im Haushaltssicherungskonzept implementiert sei, was durch **StOVR Thal** bestätigt wird.

Beschluss:

Für das Kindergartenjahr 2015/16 (01.08.2015 – 31.07.2016) wird als Ergebnis der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII vorbehaltlich der Zustimmung des Landes und der Zuschussgewährung nach § 21 Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiz NRW) beschlossen, die in Anlage 1 aufgeführten Gruppen mit den dargestellten Betreuungsplätzen zu bilden.

Die Verwaltung wird beauftragt, den entsprechenden Finanzbedarf dem Land nach § 19 Abs. 3 und 4 KiBiz NRW fristgerecht zum 15.03.2015 zu melden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- 4./ Satzungen - A. Satzung der Stadt Haan über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege - B. Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Haan und Kindertagespflege
Vorlage: 51/026/2014**
-

Protokoll:

Nach einer kurzen Diskussion darüber, ob die Weiterzahlung bei der Fehlzeit eines betreuten Kindes über 4 oder doch 6 Wochen weiterlaufen solle, erklärt **Stv. Lemke** für die CDU-Fraktion mit einer Regelung von 6 Wochen leben zu können, da in den letzten beiden Jahren keine derartigen Fälle vorgekommen seien.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Bzgl. der Erhebung von Elternbeiträgen erklärt **StOVR Thal**, die Änderung der Beitragsstaffeln würden im Rahmen der Haushaltsberatungen thematisiert.

Es besteht Einvernehmen, die beiden Beschlussziffern getrennt abzustimmen.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, die Satzung der Stadt Haan über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege in der Fassung der Anlage A, mit der Maßgabe, die in § 8 Abs. 6 lit. b) geregelte Weiterzahlung bei einer Fehlzeit des Kindes auf 6 Wochen auszuweiten.

2. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt:
Der Rat der Stadt Haan beschließt die Satzung der Stadt Haan über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen in der

Stadt Haan und Kindertagespflege in der Fassung der Anlage B.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**5./ Perspektive Kita Bachstraße
- hier: Baukostenschätzung**

Protokoll:

Bgm. vom Bovert leitet mit der Information ein, die CDU-Fraktion habe in dieser Sache einen Antrag zu den Haushaltsberatungen gestellt. Die weitere Prüfung zur Realisierung eines Neubaus laufe noch.

Stv. Wetterau erläutert den Antrag der CDU-Fraktion und meint, wenn in dieser Sache Fortschritt erzielt werden wolle, müsse der Rat Geld in den Haushalt 2015 einstellen.

Stv. Sack wünscht sich zunächst einmal das Vorliegen belastbarer Zahlen.

Bgo. Alparslan ist der Auffassung, es handele sich um ein Vertragsverhältnis zwischen Architekturbüro und Träger. Um nicht in eine Schusslinie zu geraten, solle sich die Stadt planerisch zunächst zurückhalten. Der Träger solle Planung und Bau in eigener Verantwortung durchziehen.

Stv. Sack fragt, wer den Träger bei seiner Planung begleite und was mit dem Gesamtgrundstück geschehe.

Stv. Giebels erinnert für die CDU-Fraktion an einen Grundsatzbeschluss des Rates zum Standort Bachstraße aus dem Mai 2014. Hiernach sollten sich die Liegenschafts- und die Bauverwaltung zusammensetzen, um die Position des Baukörpers auf dem Grundstück festzulegen. Hierzu habe die Politik in keinem Gremium je wieder etwas gehört. Formal sehe er die Stadt in der Pflicht, die Planung voranzutreiben.

Bgo. Alparslan bekräftigt, bevor die Trägerentscheidung nicht gefallen sei, müsse man sich nicht über Bau Themen unterhalten. Darüber hinaus gebe es einen Konsens, an welcher Stelle auf dem Grundstück der Baukörper platziert werden solle. Zudem hätten sich nach dem zitierten Beschluss die Rahmenbedingungen durch den damals nicht vorhersehbaren Zustrom der Flüchtlinge geändert. Man sei von der Realität eingeholt worden.

Stv. Giebels betont daraufhin für die CDU-Fraktion, dass für das Gelände an der Bachstraße nach Ende 2016 kein Flüchtlingsstandort mehr gewollt werde. Vorgesehen seien dort der Betrieb einer KiTa und Wohnbebauung. Man stehe hier im Wort bei Eltern und Trägern.

6./ Erweiterung und Sanierung der Grundschule Gruiten - hier: Antrag der GAL-Ratsfraktion vom 11.01.2015

Protokoll:

Stv. Sack erläutert den Antrag der GAL-Fraktion. Demnach sei es allgemeiner Konsens, dass eine Erforderlichkeit zur Erweiterung bzw. Sanierung der GS Gruiten vorliege. Er wolle heute der inhaltlichen Diskussion der beiden Fachausschüsse nicht vorgreifen, sondern ein Signal des HFA nach außen setzen, die Dinge schnellstmöglich auf die Schiene zu setzen. Dazu verliest er einen möglichen Beschlussvorschlag.

Stv. Stracke erklärt für die SPD-Fraktion, dem könne so gefolgt werden. Es gehe um die Sicherung des Schulstandortes.

Stv. Ruppert gibt zu bedenken, dass vor dem Hintergrund des GPA-Berichtes die Finanzierung einer solchen Maßnahme ungeklärt sei.

Stv. Lemke möchte den Fachausschüssen inhaltlich nicht vorgreifen und im Rat der kommenden Woche einen entsprechenden Beschluss fassen.

Bgm. vom Bovert spricht sich dafür aus, mit einem HFA-Beschluss ein entsprechendes Signal nach außen abzugeben.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt – unter Berücksichtigung der Ergebnisse der gemeinsamen Sitzung von BKSA und JHA am 28.01.2015 – die Umsetzungs- und Kostenplanungen für die Erweiterung und Sanierung der Grundschule Gruiten zu konkretisieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

7./ Erlass einer neuen Vergnügungssteuersatzung ab 01. April 2015 Vorlage: 20/006/2014/1

Beschluss:

Die ab 01.04.2015 in Haan geltende Vergnügungssteuersatzung wird in der Fassung der Anlage 3 beschlossen. Die in der Ratsvorlage aufgeführte Begründung zur Erhöhung des Vergnügungssteueraufkommens wird vom Rat der Stadt Haan ausdrücklich zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**8./ Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
im Haushaltsjahr 2014
Vorlage: 10/028/2015**

Protokoll:

Bgm. vom Bovert entschuldigt sich für die Tatsache, dass erneut eine solche Vorlage fällig sei. Dies hätte gerade nach den Erfahrungen des letzten Jahres nicht wieder passieren dürfen. Die Vorlage zeige aber auch, dass die Sparbeschlüsse des Rates zum letzten Haushalt sehr unrealistisch seien.

Stv. Ruppert zeigt sich überrascht über die Vorlage, zumal die Verwaltung im UA OPC am 19.11. letzten Jahres mitgeteilt hatte, dass keine überplanmäßigen Auszahlungen in 2014 zu erwarten seien. Dies zeige einmal mehr ganz deutlich, dass ein internes Controlling zwingend notwendig sei.

Stv. Stracke regt an, den letzten Absatz des Sachverhaltes der Vorlage in den Beschlussvorschlag zu integrieren.

Bgm. vom Bovert berichtet, der neue Haupt- und Personalamtsleiter wolle ihm eine Software vorstellen, die auch der Kreis nutze. Diese könne helfen, solche Vorkommnisse künftig zu vermeiden. Die Software werde analysiert und das Modell zu den diesjährigen Haushaltsberatungen vorgestellt. Evtl. sei dann eine geringfügige Personalaufstockung erforderlich. Insofern könne auf eine Erweiterung des Beschlussvorschlages verzichtet werden. Des Weiteren weist er darauf hin, in der Vergangenheit mehrfach die Einstellung eines Controllers thematisiert zu haben.

Beschluss:

Die Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Gesamtbetrag von 287.119,01 € bei den Personalaufwendungen des Haushaltsplanes 2014 wird nachträglich erteilt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**8.1. 28. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich „Landstraße“
/ Genehmigung der Flächennutzungsplanänderung durch die Bezirksregie-
rung Düsseldorf gemäß § 6 BauGB
Vorlage: 61/043/2015**

Beschluss:

Die redaktionell geänderten Teile der Begründung und des Umweltberichtes zur 28. Änderung des Flächennutzungsplanes jeweils mit Stand vom 14.01.2015 werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Aufgrund eines Antrags der WLH-Fraktion bzgl. eines bereits im SUVA diskutierten Baugesuches an der Ecke Diekerstr. / Düppelstr. wird das weitere Vorgehen beraten. Zwar habe der Bauherr gegenüber den Fraktionen erkennen lassen, Details seines Entwurfes ändern zu wollen, doch man einigt sich auf die folgende Variante: Zieht der Antragsteller sein Baugesuch nicht in den nächsten Tagen zurück, bereitet die Verwaltung zur Sitzung des Rates in der kommenden Woche einen Aufstellungsbeschluss zur Überplanung des Gebietes vor.

Stv. Schniewind schlägt die Installation einer Sprechanlage für die Gremien an.

Bgm. vom Bovert erklärt, dies habe man in vorherigen Legislaturperioden bereits mit unterschiedlichem Erfolg getestet. Die Akustik des Ratssaales lasse sich so nicht verbessern. Zudem verursache dies wieder zusätzliche Kosten.

Stv. Giebels erinnert an einen Antrag der CDU-Fraktion für die Sitzung des BKSA vom 18.11. letzten Jahres, in dem es um die schulische Versorgung der Flüchtlingskinder ging. Konkrete Zahlen habe die Verwaltung bis heute nicht geliefert.

Stellungnahme der Verwaltung:

siehe Anlage 1

10./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.